

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 1,50 RM., vierteljährlich 4,50 RM.; durch die Post bezogen monatlich 3 RM., vierteljährlich 9 RM. — Verlagsangelegenheiten siehe bei Biele 75 Pl. — Fern- und Geschäftsanzeigen werden nicht angenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner, Brack: G. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Rüttlich in Bochum, Wilmshäuser Straße 38-42, Telefon-Nr. 98 u. 89, Telegr.-Nr.: Wilmshäuser Bergbau.

Auf zu den Betriebsratswahlen!

Das Betriebsrätegesetz ist im „Reichsanzeiger“ vom 11. Februar veröffentlicht worden und damit in Kraft getreten. Spätestens sechs Wochen nach der Veröffentlichung muß die Wahl erfolgt sein; sie kann auch früher stattfinden. Die Wahlen finden also in kurzer Zeit statt. Die Wichtigkeit des Gesetzes erfordert, daß wir unsere ganze Aufmerksamkeit den Wahlen zuwenden und unverzüglich die Vorbereitungen in Angriff nehmen. Die wichtigsten Bestimmungen der Wahlordnung bringen wir hiermit zur Kenntnis unserer Mitglieder:

Wahlberechtigt sind alle mindestens 18 Jahre alten männlichen und weiblichen Arbeitnehmer, die im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind.

Wählbar sind alle mindestens 24 Jahre alten reichsangehörigen Wahlberechtigten. Sie müssen bis zum Tage der Wahl mindestens ein halbes Jahr im Betriebe und drei Jahre im Verufe tätig sein.

Ausnahmen sind zulässig, wenn der Betrieb noch kein halbes Jahr besteht. Es genügt dann, wenn der zu Wählende seit Begründung des Betriebes darin tätig ist. Wenn nicht genügend wählbare Arbeitnehmer vorhanden sind, kann eventuell auch von der dreijährigen Beschäftigung Abstand genommen werden.

Der noch bestehende Arbeiterausschuß (Betriebsrat) muß aus der Mitte der Wahlberechtigten einen aus drei Personen bestehenden Wahlvorstand wählen und eine von diesen dreien zum Vorsitzenden. Der Vorsitzende hat die Wahl auszusprechen. Dieses muß mindestens 20 Tage vor dem Wahltag geschehen.

In dem Wahlschreiben muß angegeben sein, wieviel Betriebsrats- und Ergänzungsmitglieder jede Gruppe zu wählen hat und wo die Wählerliste zur Einsicht offen liegt.

Etwasige Einsprüche gegen die Wählerliste müssen spätestens drei Tage nach dem ersten Tage der Offenlegung beim Vorsitzenden des Wahlvorstandes erhoben werden.

Die Vorschlagsliste muß spätestens eine Woche nach der Ausschreibung der Wahl beim Wahlvorstand eingereicht sein. Sie muß von drei Wahlberechtigten, Mitgliedsmitgliedern unterschrieben sein und doppelt so viel Namen enthalten, als Betriebsräte zu wählen sind. Die einzelnen Bewerber müssen unter laufender Nummer oder in sonst erkennbarer Reihenfolge aufgeführt werden. Ist das nicht der Fall, so ist die Liste ungültig. Von jedem Bewerber ist eine schriftliche Zustimmung über seine Aufnahme in die Liste beizufügen.

Listenverbindung ist nicht zulässig. Die zugelassenen Vorschlagslisten müssen mindestens drei Tage vor dem Wahltag zur Einsicht der Beteiligten ausgelegt oder ausgehängt werden. Bei Aufstellung der Liste ist Vor- und Familienname, Beruf und Wohnung des Bewerbers anzugeben. Zum besseren Verständnis geben wir ein Muster zur

Vorschlagsliste.

Als Betriebsratsmitglieder und Ergänzungsmitglieder für die Besche (Becke) seitens der Arbeiter werden vorgeschlagen:

Nr.	Familienname Vor(Nach)-Name	Beruf	Wohnort, Straße und Haus- nummer
1.			
2.			
3.			
4.			

Betriebsräte müssen gewählt werden in allen Betrieben, die in der Regel 20 Arbeitnehmer beschäftigen. Die Zahl der zu wählenden Betriebsräte beträgt in Betrieben:

mit 20—49 Arbeitnehmern	3
„ 50—99 „	5
„ 100—199 „	6
„ 200—399 „	7
„ 400—599 „	8
„ 600—799 „	9
„ 800—999 „	10
„ 1000—6000 Arbeitnehmern	erhöht sich die Zahl für je 500 um einen, mit über 6000 Arbeitnehmern für je 1000 um einen. Die Höchstzahl beträgt 30.

In Betrieben mit weniger als 20, aber mindestens fünf Arbeitnehmern wird nur ein Betriebsobmann gewählt. In diesen Betrieben bestellt der Arbeitgeber aus den drei ältesten Arbeitnehmern einen Wahlvorstand, der seinen Vorsitzenden selbst wählt.

Das Betriebsrätegesetz, das uns keineswegs voll befriedigt, stellt trotzdem einen Fortschritt dar. Der geschlossene Kampf der Unternehmer gegen das Gesetz ist der beste Beweis dafür. Die Stellung des Arbeiters im Produktionsprozess ist eine andere als früher. An Stelle des Herrenstandpunktes tritt die Gleichberechtigung.

Der Geist des Gesetzes kann sich aber nur auswirken, wenn es die richtige Anwendung findet. Die Funktionäre unseres Verbandes, solche sind auch die Betriebsrats- und Arbeiterausschussmitglieder, müssen sofort an die Vorbereitung der Wahlen gehen. Pflicht eines jeden Kameraden ist es, alles zu tun, um die Wahl der Betriebsräte im Sinne unserer Organisation zu beeinflussen.

Besonderes Gewicht muß darauf gelegt werden, die geeigneten Kandidaten vorzuschlagen. Politische Gesinnung und irgendeine Parteizugehörigkeit darf dabei keine Rolle spielen. Lediglich die Fähigkeit darf ausschlaggebend sein. Nur die besten und befähigsten Kameraden sollen auf die Vorschlagsliste kommen.

Wir weisen noch besonders darauf hin, daß nur Verbandslisten aufgestellt werden dürfen. Das Aufstellen von Sonderlisten muß als eine Schädigung der Verbandsinteressen angesehen werden. Nur wenn alle Kameraden ihre Pflicht erfüllen, wird es gelingen, die Betriebsratswahlen im Sinne unserer Organisation zu gestalten. Deshalb auf zur Arbeit, auf zur Agitation!

Achtung Ruhrbergleute!

Berordnung des Regierungskommissars und des Militärbefehlhabers.

Die gegenwärtige Forderung des deutschen Kohlenbergbauers reicht nicht aus, um neben den Verpflichtungen des Friedensvertrages auf Lieferung von Kohlen an die Entente die Bedürfnisse der deutschen Volkswirtschaft auch nur annähernd zu befriedigen. Es sind deswegen die Voraussetzungen gegeben, die nach § 3 des Tarifvertrages für die bergbaulichen Betriebsanlagen des rheinisch-westfälischen Bezirkes die Einlegung von Ueberstunden begründen. Auf mehreren Seiten sind in Anerkennung dieser Gründe des Allgemeinwohles schon seit mehreren Monaten Ueberstunden verfahren, auf anderen dagegen konnte infolge Meinungsverschiedenheiten zwischen Betriebsleitung und Betriebsrat ihre Durchführung nicht angeordnet werden. Dadurch ist unter Schädigung der Interessen des Allgemeinwohles ein beträchtlicher Ausfall in der Kohlenförderung entstanden, der in Zukunft unbedingt vermieden werden muß.

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 11. Januar 1920 wird bezwogen verordnet:

Die Verwalter jeder in den Regierungsbezirken Münster, Arnberg und dem unbesetzten Teil des Regierungsbezirks Düsseldorf gelegenen Besche hat sich unverzüglich mit dem Betriebsrat (Arbeiterausschuß) der Besche in Verbindung zu setzen, um ein Uebereinkommen über die Einlegung von Ueberstunden oder Ueberstunden herbeizuführen. Das Uebereinkommen soll sich erstrecken auf die Anzahl und Lage der einzulegenden Ueberstunden und Ueberlichkeiten. Kommt ein Uebereinkommen darüber nicht zustande, so ist von der Bescheverwaltung in einem vom Betriebsrat gegengesetzten Schreiben unter Darlegung der Gründe und Gegenstände dem Regierungskommissar im Bereiche des Wehrkreiscommandos VI unverzüglich Mitteilung zu machen, der dann endgültig entscheidet.

Bei der Einlegung von Ueberstunden oder Ueberlichkeiten sind die für die betreffende Beschäftigung in Frage kommenden Arbeiter möglichst gleichmäßig zu berücksichtigen.

Die besondere Vergütung für Ueberstunden oder Ueberlichkeiten erfolgt nach den Bestimmungen des Tarifvertrages vom 2. Februar 1920 und nach der Verfügung des Reichsarbeitsministers die Sonderzuweisungen von Lebensmitteln betreffend.

Im übrigen finden die allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen und die Vorschriften der Arbeitsordnung Anwendung. Die Verordnung tritt am 6. Februar 1920 in Kraft.

Der oben zitierte § 3 des neuen Tarifvertrages für das rheinisch-westfälische Steinkohlenrevier vom 2. Februar 1920 lautet wörtlich:

Ueberstunden, Ueberlichkeiten, Sonn- und Feiertagsarbeit.

Werden aus betriebstechnischen Gründen oder aus Gründen des Allgemeinwohls Ueberstunden und Ueberlichkeiten notwendig, so sind die für die betreffende Beschäftigung in Frage kommenden Arbeiter möglichst gleichmäßig zu berücksichtigen.

Für alle Ueber- und Nebenarbeiten an Werktagen, welche über die Zahl der Arbeitstage im Monat hinaus verfahren werden, wird ein Lohnzuschlag von 25 Prozent und für Arbeiten an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen ein Lohnzuschlag von 50 Prozent gewährt. Krankfeiertagen, Urlaubstagen und entschädigte Feiertagen werden als ordnungsmäßig verfahrenen Schichten angerechnet. Als Krankfeiertagen haben hierbei nur diejenigen Schichten zu gelten, für die aus der Krankenkassen-Krankengeld gezahlt wird, dann aber einschließlich der Karenztage. Für diejenigen Ueber- und Nebenarbeiten, die der Arbeiter auf eigenen Wunsch als Ersatz für willkürlich gefeierte Schichten verfährt, werden die Zuschläge nicht gezahlt. Für Arbeiten am 1. Oster-, Pfingst- und Weihnachtstag wird ein Lohnzuschlag von 100 Prozent gewährt.

Als Sonn- und Feiertagsarbeit gilt in der Regel die Arbeit, die von 6 Uhr morgens des betreffenden Sonn- und Feiertages bis 6 Uhr morgens des darauffolgenden Tages verrichtet wird. Für Betriebe mit besonderen Verhältnissen ist im Uebereinkommen mit dem Arbeiterausschuß (Betriebsrat) eine anderweitige Regelung der Verfahrnisse zulässig. Für Arbeiten an gesetzlichen Feiertagen wird nur dann ein Lohnzuschlag gewährt, wenn sie zu gesetzlichen Feiertagen erklärt sind.

Gegen eine gütliche Vereinbarung zwischen Betriebsrat und Betriebsleitung über das Verfahren von Ueberstunden ist vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus nichts einzuwenden, wenn Zahl und Zeitdauer der Ueberstunden beschränkt werden. Andernfalls reißt das Ueberstundenverfahren zum Schaden der Bergarbeitergesundheit ein wie früher. Die größten Versammlungsversuche gegen Ueberstunden werden dann wieder die tollsten Ueberstundenhinder sein. Eine gütliche Vereinbarung ist es aber nicht, wenn so verfahren würde, wie die „Rhein-Westf. Bz.“ vom 11. Februar berichtet. Dort heißt es nämlich: Verschiedene Seiten haben eine Abmachung (der Belegschaft wegen Ueberstunden) gar nicht erst in Erwägung gezogen, sondern kurzerhand eine Ueberstunde festgelegt, um so das Ergebnis festzustellen. Gegen ein solches Verfahren erheben wir Protest! Es ist tarifvertragswidrig und ist keineswegs geeignet, die Kohlenart zu fördern. Jeder irgendwie geartete Abmachungen wird ihrem volkswirtschaftlichen Zweck entgegenwirken. Das ist stets unser Standpunkt gewesen, an dem wir unter allen Umständen festhalten werden.

Der Staat bin ich!

Ein französischer König, der „Sonnenkönig“ Ludwig XIV. (gestorben 1715), soll gesagt haben: „Der Staat bin ich!“ Dieser überhebliche Monarch war ein Vertreter des förmlichen Absolutismus in seiner schärfsten Ausprägung. Das „Volk“ gilt ihm nichts. Es ist nur als Fußbank für den absoluten Herrscher da. Der Mensch hängt erst beim Baron an. Auch das beamtete Bureaukrantem aller Grade preist sich in dankelhafter Ueberhebung gegenüber dem „gemeinen Volk“.

Dieser volksverachtende Absolutismus kam keineswegs nur in den früheren Jahrhunderten vor, sondern auch in neuerer Zeit plagte er noch die nach freiheitlicheren Zuständen düstenden „Landesfinder“. Wo er sich, in unserer Nähe, am stärksten erhalten hatte, in Rußland, dort ist er in der gewaltigsten Weise von der Volksempörung ausgerottet worden. Würden die Staatslenker und „Konservativen“ in dem kaiserlichen Deutschland und namentlich in dem Königreich Preußen rechtzeitig die noch mindestens halbabsolutistische Regierungsmethode aufgegeben haben, unsere innerpolitische Entwicklung hätte sich ruhiger vollzogen. Gätte man früher das Volk in allen seinen Teilen für die nationalen Notwendigkeiten interessiert, indem man es mittelbar und unmittelbar überall an der Ordnung unserer öffentlichen Angelegenheiten teilnehmen ließ, dann brauchten wir uns heute sicherlich nicht über die schredliche Gleichgültigkeit ungeheurer Volksmassen gegenüber dem Schicksal des Volksganges zu beklagen.

Die Volksmasse ist in den öffentlichen Schulen erzogen worden zur Anhänglichkeit der „allerhöchsten und höchsten Herrschaft“, deren „fürsorglichen“ Händen das „getreue Volk“ sein Schicksal getroßt anvertrauen dürfte. So wurde das Volk schrittweise zur feindseligen Untertänigkeit vor der „Obrigkeit“ angehalten und gewöhnte sich daran, alles „von oben“ zu erwarten, für Gutes und Schlechtes die „Regierung“ verantwortlich zu machen. Die üblen Folgen einer solchen Mißbildung erleben wir. Es ist durchaus kein Zufall, daß gerade in den Volksteilen, der früher am untertänigsten war, nach der Beseitigung des Obrigkeitsstaates die „radikalste“ Ungehorsamkeit herrscht. Die Erziehung zur demokratischen, freiwilligen, freiwilligen Selbsttätigkeit hat gefehlt! Das rächt sich jetzt an dem notleidenden Gemeinwesen.

Sneidliche Untertänigkeit und freie Menschenwürde sind unvereinbare Gegensätze. Der freiheitliebende Mensch fühlt sich nicht als Untertan, er fühlt sich mit jedem seiner Volksgenossen an der äußeren Unterwürdigkeit auch noch so groß sein. Der

„einfache“ Bergmann ist als Mensch völlig gleichgestellt mit dem Bergwerksdirektor und dem Minister, unbeschadet der Bekleidungs- und Titelunterschiede, wenn sich unser Kamerad frei zu machen versteht von dem muffigen Dunst einer undemokratischen Erziehung.

Von der nun gewonnenen hohen Warte seines freien Menschentums beurteilt auch der Volksgenosse im rüstigen Ehrenkleide der Arbeit sein Verhältnis zum Volksgangen ganz anders, als der knechtlich gekrümmte Untertan. Der Freie fühlt sich stets als ein vollgültiges Glied der großen Volksgemeinschaft. Deren organisierte Form ist der „Staat“. Der vom Untertanengefühl befreite Volksgenosse weiß auch, daß jedes Glied der Gemeinschaft mitverantwortlich ist für ihr Wohl und Wehe. Er weiß, daß jeder Frevel des einzelnen sich gegen die Gemeinschaft richtet. Und da er Mitglied dieser Gemeinschaft ist, frevelt er gegen sich selbst. „Der Staat bin ich!“

Nicht irgendeine Klasse oder Rasse, kein einzelner „Stand“ oder Beruf ist imstande, das Gemeinwesen aus seiner Bedrängnis zu retten, ihm eine gesicherte Zukunft zu verschaffen, sondern das vermag nur die Gesamtheit der Volksgenossen. Deshalb muß jeder einzelne von dem Gedanken tief durchdrungen sein, daß er ein unlöslicher Teil dieser Gemeinschaft ist. Jeder muß sich klar sein, daß es auch auf ihn ankommt, wenn sich unsere Geschicke zum Guten wenden sollen. Keiner darf sich im alten Untertanengefühl auf eine „Obrigkeit“ als dem „weisen Lenker und Erhalter“ verlassen, sondern sich stets die Wahrheit vor Augen halten: Was ein Teil sündigt, dafür büßt das Ganze. Wenn im äußersten Nöten ein Volksteil seine Pflicht gegen das Gemeinwesen nicht erfüllt, leiden darunter die Volksgenossen im äußersten Besen, und umgekehrt. Erkrankt auch nur ein Glied, dann wird dadurch der ganze Körper in Mitleidenschaft gezogen. Industriearbeiter und landwirtschaftliche Arbeiter sind aufeinander angewiesen. Handarbeiter und Kopfarbeiter müssen zusammen das Werk des Gedeihens schaffen.

„Der Staat bin ich!“ Einst der Ausspruch eines „allwissenden“ Despoten, muß nun dieses Wort das stolze Staatsbürgerliche Glaubensbekenntnis demokratisch gestandener Volksgenossen sein. Jeder muß nun so handeln, daß er stets das Wohl des Gemeinwesens fördert. Ein selbstbewusstes Glied des Volksganges wird es auch ablehnen, die Verantwortung für sein Tun und Lassen auf andere abzuladen.

Internationales Arbeitsamt.

In der Nation de la Presse in Paris wurde am 26. Januar die dritte Tagung des Internationalen Arbeitsamtes eröffnet. Die Tagesordnung lautet: 1. Konfirmierung des Verwaltungsrates (Mitglieder und Stellvertreter). 2. Annahme der Protokolle der zwei ersten Sitzungen. 3. Notwendige Maßnahmen, um die Beschäfte der Konferenz von Washington wirksam zu machen. 4. Endgültige Wahl des Direktors. 5. Organisation des Internationalen Arbeitsamtes. 6. Budget. 7. Zeit, Ort und Programm der Seemannskonferenz. 8. Zeit, Ort und Programm der nächsten allgemeinen Konferenz. 9. Geschäftsordnung des Verwaltungsrates. 10. a) Prüfung der Frage der acht Industriellen Hauptmächte; b) Prüfung der Beschlüsse bezüglich der Konfirmierung des Verwaltungsrates.

Zur Erläuterung dieser umfangreichen Tagesordnung ist zu bemerken, daß das Internationale Arbeitsamt zwar durch die Allgemeine Arbeitskonferenz von Washington geschaffen wurde, aber noch zu organisieren ist. Praktisch sind die allgemeinen Konferenzen gewissermaßen Vollversammlungen für Sozialgesetzgebung; der Verwaltungsrat ist die Regierung und das Arbeitsamt die ausführende Behörde. Jedoch bestehen die Beschlüsse der Allgemeinen Konferenz der Ratifizierung durch die beteiligten Länder. Auf den Konferenzen sind die beteiligten Länder durch je vier Delegierte (zwei Regierungsvertreter, ein Vertreter der Arbeiter und ein Vertreter der Unternehmer) vertreten. Der Verwaltungsrat setzt sich aus zwölf Regierungsvertretern und je sechs Unternehmern und Arbeitervertretern zusammen. Die acht hauptsächlichsten Industrielländer ernennen je einen Regierungsvertreter. Die anderen vier Länder, die zur Ernennung eines Vertreters berechtigt sind, werden von der Konferenz bestimmt. Die Unternehmer und die Arbeitnehmer im Verwaltungsrat werden auf der Konferenz von den Unternehmern, Arbeitnehmervertretern auf drei Jahre gewählt. Der Verwaltungsrat ernannt fernerfalls den Direktor. Dieser hat das Arbeitsamt zu leiten und das nötige Personal zu ernennen.

Die beiden ersten Sitzungen des Verwaltungsrates, die am 27. und 28. November 1919 in Washington abgehalten wurden, nahmen die provisorische Ernennung des Direktors und die Festsetzung eines Budgets vor. Die Pariser Tagung sollte das Arbeitsamt definitiv bestätigen.

Folgende Mitglieder des Verwaltungsrates waren anwesend: Für die Regierungen: A. Fontaine, Frankreich; Mayor des Blancs, Italien; Debenigne, England; de Ego, Spanien; Kagaoka, Japan; Nishimura, Schweiz; Solol, Polen; Mohant, Belgien; de Alvea, Argentinien; Neumann, Deutschland; Nebel, Dänemark. Für die Unternehmer: Guéhen, Frankreich; Rappabanks, England; Kodacs, Tschechoslowakei; Schuler, Schweiz; Carlier, Belgien; Pirelli, Italien. Für die Arbeiter: Begien, Deutschland; Oudegeest, Holland; Stuart Manning, England; Johanson, Frankreich; Thorberg, Schweden.

Die zwei kanadischen Delegierten, ein Arbeiter- und ein Regierungsvertreter, trafen nicht rechtzeitig ein. Zu bemerken ist, daß diese beiden Delegierten sowie der dänische Vertreter zugunsten entsprechender Vertreter der Vereinigten Staaten zurücktraten, sobald diese den Friedensvertrag ratifiziert haben werden.

Die Tagung wurde von dem in Washington gewählten Präsidenten A. Fontaine mit einigen Begrüßungsworten eröffnet. Nach Feststellung der Tagesordnung, wobei zugleich bemerkt wurde, daß die Mitglieder, die der Verhandlungssprache, englisch und französisch, nicht mächtig seien, beschloß man, eigene Dolmetscher zu stellen, wurde der Verwaltungsrat als konstituiert erklärt. Zugleich wurde beschlossen, daß die Stellvertreter der Arbeiter- und Unternehmervertreter berechtigt sind, den Sitzungen ohne Stimmrecht beizuwohnen. Von den Arbeitervertretern wurde dabei auf die Ungleichheit im Vertretungssystem hingewiesen, das den Regierungen ebenso viele Stimmen sichert, wie den Unternehmern und Arbeitern zusammen.

Da die Materialisten zur Konferenz den Delegierten erst am Abend des vorhergehenden Tages zugegangen waren und, um den drei Verhandlungstagen Zeit zu geben, die Tagesordnung zu besprechen und gesamtlich dazu Stellung zu nehmen, wurde hierauf die Sitzung auf den 27. demnachmittags 10 Uhr, vertagt.

Im Anschluß an die Eröffnungsfeier wie auch am Nachmittag des 27. Januar fanden interne Sitzungen der drei Gruppen statt. Es sei hier bemerkt, daß diese Beratungen, besonders soweit die Gruppe der Arbeitervertreter in Frage kommt, in durchaus freundschaftlicher Weise verliefen, ohne irgendwelche feindselige oder auch nur gespannte Stimmung zwischen den Vertretern Deutschlands, Frankreichs und Englands. Es wurde volle Übereinstimmung in Bezug auf die in den Sitzungen des Verwaltungsrates zu treffenden Maßnahmen und zu den nächsten Anträgen erzielt, so daß der Vertreter der französischen Arbeitervertreter im Namen aller Arbeitermitglieder im Verwaltungsrat sprechen konnte. Ein Beweis dafür, daß die Wiederaufnahme der früheren gemeinsamen gewerkschaftlichen Arbeit erfolgt ist. Der Allgemeine Gewerkschaftsverband Frankreichs hatte außerdem die Arbeitervertreter zu einer Sitzung eingeladen, an die sich ein gemischtes Zusammenkommen anschließt, sowie zu einem festlichen Mittagessen. Dies üblich, werden von Gastgebern und Gästen Begrüßungsansprachen gehalten, die alle in der Vertiefung ausliefen, daß zwischen den Arbeitern der verschiedenen Länder kein Haß bestehe.

An Euch!

Jetzt ist im Kampf nicht Müdigkeit,
So werdet ihr vom Joch befreit!
Dies sprach die Väter vor Jahren,
Und was sie uns einst prophezeit,
Erreichten wir durch Not und Leid
Und konnten den Sieg nicht bewahren.

Hast du auch, Arbeitsmann, erreicht
Dein Ansehen, wo man dich geehrt,
Auf richtigen Wege zu wandeln:
Denn an die Kinder, an dein Weib!
Hast du noch Empfinden im Leib,
So ist als Arbeitsmann auch handeln.

Bist schlächer als in früherer Zeit
In eurer Besinnung bereit
Nach dem erhofften Freiheitstagen.
In eurer Hoffnung auch gemüht,
Den Bild zu Erden nicht gerast,
Wenn auch euch drücken eure Sorgen.

O, Arbeitsmann, jetzt steht die Wahl!
Kam trotz der Reue mit Geduld,
Daß dich von neuem Geist beleben.
Dem Eranken ist jetzt keine Zeit,
Siehst ihr Jenseit im Tagede,
Dann ist das Jiz auch zu erheben.

Carl Schilling, Sankt.

Siedelsteine und ihr Schmelzen.

Unter den mineralischen Brennstoffen nimmt die Siedelsteine ihres hohen Heizwertes wegen die erste Stelle ein. Bergmännisch unterscheidet man, wie wir einem Artikel von Dr. P. Marcell in der Zeitschrift „Kalk“ (Beilage 23. März, Halle) entnehmen, nach dem Aussehen Siedelsteine, Siedelsteine und Siedelsteine. Der Bruch der Siedelsteine, Siedelsteine, Siedelsteine, Siedelsteine ist als Knackstein, ist völlig glatt; sie ist gasarm und schmelzbar. Der Siedelstein ist schwerer als Sandstein und verbrannt nur bei hohem Zug mit kurzer, rauchloser Flamme. Anthrazit findet sich hauptsächlich in Nordamerika, ferner in England, Frankreich und Belgien; in den deutschen Bergbaugebieten ist er nur selten anzutreffen. Die Siedelsteine sind im Brauch tauglich; sie ist gasreich und schmelzbar und nicht so verbrannt wie die Siedelsteine. Die Siedelsteine sind leicht zu zerbrechen und verbrannt mit langer, leuchtender Flamme; daher stellt sie die große Masse der Kamine oder edlen Siedelsteine. Sie hat einen großen Gehalt an flüchtigen Bestandteilen, so daß sie beim Erhitzen viel Wasser abgibt. Die Siedelsteine sind besonders für die Verwendung in den Siedelsteinen in England und weniger in Deutschland und Österreich. Geringere Bedeutung hat die Siedelsteine, die aus feinen Radelchen besteht, die abwärts; sie ist gasarm und schmelzbar.

Im übrigen waren die Vertreter Deutschlands im Verwaltungsrat des allgemeinen Interesses. Die Haltung der Presse gegenüber den deutschen Delegierten war eher eine sympathische denn eine feindselige zu nennen. Auch die Verhandlungen verliefen im allgemeinen in ruhiger Sachlichkeit, ledigt gewährt durch einige Wortgefechte zwischen den Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter.

In der Vorkonferenz vom 27. Januar wurde zunächst das Protokoll der vorhergehenden Sitzung angenommen und dann der dritte Punkt, die Maßnahmen, um die Beschäfte der Konferenz von Washington wirksam zu machen, beraten. Herr Guéhen vertas dabei zunächst im Namen der Unternehmer eine Erklärung, in der gegen die überfällige, ungenügend vorbereitete Art der Beschäfte von Washington Verwahrung eingelegt wurde. In der Erklärung wurde auch darauf verwiesen, daß die französischen Arbeitervertreter vor Durchführung des Nachmittages versetzt hätten, dieser werde keinen Rückgang der Produktion nach sich ziehen; der Rückgang sei jedoch eingetreten. Herr Guéhen schloß, daß er sich der Durchführung der Beschäfte von Washington nicht widersetzen wolle.

Yonhauz erwiderte im Namen der Arbeitervertreter die Erklärung des internationalen Arbeitsamtes, dessen Beschäfte definitiv seien. Die Erklärung unter der Arbeiterschaft der ganzen Welt beweise, daß neue Methoden suchen müßten, statt den alten, die für immer vorüber sind, nachzutreten.

Nach einer längeren Aussprache, an der sich verschiedene Regierungsvertreter beteiligten, wurde beschlossen, die Session von Washington gemäß dem Artikel 405 des Friedensvertrages für geschlossen zu erklären und die Beschäfte zur Durchführung zu bringen.

Hierauf wurde nach einer kurzen Aussprache der provisorische Direktor, der belgische Abgeordnete Albert Thomas, einstimmig durch Abstammung zum Direktor definitiv gewählt. Albert Thomas ist unsern Lesern kein Unbekannter. Er ist ein Kenner der internationalen Arbeiterbewegung, verfügt über eine außerordentliche Arbeitskraft und Anpassungsfähigkeit. Von Beruf war Albert Thomas Gymnasialprofessor.

Beim fünften Punkt kam ein umfangreicher Organisationsplan des Verwaltungsrates zur Verhandlung. Von den Arbeitervertretern wurde besonders der etwas zu komplizierte Apparat einer Kritik unterzogen. Auch die Frage des zweiten Direktors kam dabei zur Verhandlung. Man beschloß schließlich, den Organisationsplan wie auch die Geschäftsordnung einer sechsstelligen Kommission — je zwei Vertreter der drei Gruppen — zu überlegen, die dem Verwaltungsrat auf seiner nächsten Tagung Bericht erstatten soll. In der gleichen Zusammenkunft wurde eine dreigliedrige Budgetkommission gewählt. Gleichzeitig wurde beschlossen, daß die Delegationskosten für die Unternehmer- und Arbeitervertreter vom Internationalen Arbeitsamt zu tragen sind, während die Kosten für die Regierungsvertreter von den jeweiligen Ländern getragen werden.

In der Nachmittagsitzung des zweiten Verhandlungstages wurde über den siebenten Punkt, die allgemeine Seemannskonferenz, verhandelt. Man beschloß, diese im Juni nach Genue einzuberufen. Ueber das Programm dieser Konferenz, auf der, wie auf den allgemeinen Konferenzen, die Regierungen, die Unternehmer und die Arbeiter vertreten sein werden, entspann sich eine lange Diskussion. Allgemein wurde das zunächst vorgeschlagene Programm als zu umfangreich erklärt. Man beschloß schließlich, als ersten Punkt die Durchführung des Nachmittages, als zweiten und dritten die sich daraus ergebenden Fragen der Schiffbenennung und deren Unterbringung und als vierten Punkt eine allgemeine Schiffsregistergesetzgebung auf die Tagesordnung zu setzen. Hierauf wurde beschlossen, die Tagung des Verwaltungsrates auf den 22. März 1920 einzuberufen und die nächste allgemeine Konferenz für das Frühjahr 1921.

Der Vormittag des dritten Verhandlungstages wurde mit Kommissionsberatungen ausgefüllt. In der Nachmittagsitzung wurde zunächst ein Begrüßungsschreiben des wegen Krankheit entschuldigenden französischen Arbeitsamtes verlesen.

Beim fünften Punkt kam ein umfangreicher Organisationsplan des Art der Vertretung im Verwaltungsrat und die Einberufung der nächsten Allgemeinen Konferenz, ohne daß jedoch ein Beschluß gefaßt werden konnte, denn die Bestimmungen über die Zusammensetzung der Arbeitskonferenzen sind im Friedensvertrag festgelegt. Die Notwendigkeit der Veränderung derselben, besonders betreffs der gleichmächtigen Vertretung der drei Gruppen, wurde vor allem von den Arbeitervertretern hervorgehoben.

Die Budgetkommission erstattete hierauf Bericht und schlug vor, vorläufig dem Internationalen Arbeitsamt bis zur definitiven Bestimmung seines Sitzes und bis nach Durchberatung des Organisationsplanes nur den notwendigen Beamtenstab zu geben. Dementsprechend war der Budgetentwurf auf sechs Monate vorgesehen, und zwar mit rund 50 000 Pfund Sterling. Das Gehalt des Direktors wurde auf 3600 Pfund Sterling und seine Repräsentationsgelder auf 2400 Pfund Sterling bemessen. Das Bulletin soll in drei Sprachen erscheinen. Jounhaire bringt dabei vor, daß es notwendig sei, die deutsche Sprache als dritte Verhandlungssprache zuzulassen, worauf der Regierungsvertreter Spaniens erklärte, daß er sich vorbehaltlich, daselbe für die spanische Sprache zu fordern. Der Direktor Thomas erklärte, daß über die anzunehmende dritte Sprache später beraten werden sollte.

Der Regierungsvertreter Spiens stellt hierauf den Antrag, in Zukunft die Erhebung über die wirtschaftlichen Zustände vorzunehmen. Ueber den Antrag entspann sich eine lange und lebhafteste Debatte. Trotz lebhaften Widerspruch seitens des französischen Unternehmervertreters, der sich schließlich der Abstimmung enthielt, wurde mit zehn gegen drei (der Regierungsvertreter von Belgien, der Schweiz und Japan) Stimmen beschlossen, das Bureau zu beauftragen, die nötigen Vorbereitungen für eine Erhebung zu treffen und der nächsten Sitzung des Verwaltungsrates darüber einen genauen Plan zu unterbreiten. Damit war die Tagesordnung erschöpft. Um 7 1/2 Uhr wurde die Tagung des Verwaltungsrates für geschlossen erklärt.

Gelegetung und Verwaltung.

Ein Siedlungsverband für das Ruhrkohlengebiet

Soll geschaffen werden, um die auf die das Siedlungs- und Wohnungsnot in diesem Industriegebiet bezüglichen Fragen einheitlich, in großartiger Weise zu lösen. Der Siedlungsverband soll sich erstrecken von den Preußen bis Wärs und von Gattungen bis Neudorf. Die verfassunggebende preussische Landesversammlung hat den Siedlungsverband in erster Lesung beschlossen und ihn dann einer besonderen Kommission zur Spezialberatung übergeben. Diese Kommission besteht von unseren Verbandsmitgliedern an die Abgeordneten Garbe, Lamberk, Kaufmann und Schuchmann.

Die Neuordnung der Gewerkschaften.

Die neue Reichsverordnung über die Gewerkschaften für die folgenden Klassen für die Erwerbslosenfürsorge fest:

für	in den Orten der Ortsklassen			
	A	B	C	D u. E
1) männliche Personen				
a. über 21 Jahre	6,00	5,00	4,00	3,50 M.
b. darunter	4,25	3,50	3,00	2,50
2) weibliche Personen				
a. über 21 Jahre, sofern sie nicht in dem Haushalt eines anderen leben	5,00	4,50	3,50	3,00
b. über 21 Jahre, sofern sie in dem Haushalt eines anderen leben	4,25	3,50	3,00	2,50
c. unter 21 Jahren	3,00	2,50	2,25	2,00

Die Familienzuschläge, die ein Erwerbsloser erhält, dürfen insgesamt das Unterhaltbedürfnis der ihm gewährten Unterstützung, im einzelnen nicht folgende übersteigen:

für	in den Orten der Ortsklassen			
	A	B	C	D u. E
a. den Ehegatten	2,50	2,25	2,00	1,75 M.
b. die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige	1,75	1,75	1,50	1,25

Mahgeblich für die Einweisung der einzelnen Orte in die Ortsklassen A bis E ist das Ortsklassenverzeichnis, wie es für die Gewährung von Wohnungsgeldzuschüssen für die Reichsbeamten jenseitig aufgestellt ist.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Neuer Ausschlag des alten Ruhrbergbaues.

Zur Hebung des gewerblichen Lebens im Ruhrgebiet wird die Schiffbau- und Maschinenbauindustrie im Ruhrgebiet bis Witten, dann bis Lagen angeht. Einmalige Vorarbeiten sind im Gange. Der Ruhrstrom war vor 100 Jahren eine ansehnliche Transportstraße. Das Aufkommen der Eisenbahnen hat in Verbindung mit der Verschlebung des Schwerpunktes des rheinisch-westfälischen Kohlenbergbaues nach Norden hin die Schifffahrt auf der Ruhr in Verfall gebracht. Die schiffbare Wasserstraße soll wiederhergestellt werden. Mit bedeutenden Kohlentransporten durch Köln aus dem Revier. Witten-Gattungen wäre sicher zu rechnen. Es ist auch sehr interessant, daß einer unserer ersten geologischen Sachverständigen, Bergbauingenieur G. E. F. Bochum, die in den Ruhrbergen noch anstehenden Kohlenmengen auf 800 bis 900 Millionen Tonnen bemittelt. Danach würden die Lager noch ein Jahrzehnt ausreichen! Kommt ihnen die übliche Wasserstraße zugute, dann sind die Kohlenlager an der Ruhr auch weiterhin weitverbreitet. Die Kohlenvorkammer erstreckt sich von Witten bis Wenden. Die Wagnersche Gruppe ist 1100 Meter mächtig; sie weist vier bis zehn, durchschnittlich sechs abbaubare Flöze von im Mittel sechs Meter Stärke auf. Die Flözgruppen sind nicht so mächtig als erdgenannte, enthält sieben Flöze mit 23,3 Metern Mächtigkeit. Zwar ist der Wasserzufluß, da schließende Bergabende fehlt, stark, dahingegen sind die Schichtenlagen nicht so mächtig, da man halb die Höhe erreicht.

Wir erinnern daran, daß vor 15 Jahren der größte Teil der Ruhrkohlen mit der Stillelegung bedroht war, weil die großen Zechen im zentralen und nördlichen Ruhrrevier die Beteiligungsscheine kauften. Damals hieß es, die Ruhrkohlen seien „halb ganz abgebaut“. Unser Kamerad Kue hat sich damals in der Presse, in Verfammlungen und

den Kohle entweichenden Gases erfolgt mit heller Flamme; je gasreicher eine Kohle ist, um so länger wird die Flamme. Bei einer gasarmen Kohle ist meist ein ganz ruhiges Verflammen der Kohle zu beobachten, höchstens tritt eine ganz kurze Flamme auf. Die anthrazitische Kohle hat als Lagerkohle zu gelten, während die Siedelsteine mit als Siedelsteine zu bezeichnen sind. Der Heizwert der Kohle wächst mit abnehmendem Gasgehalt. Unter Siedelsteine versteht man eine Kohle, die nach dem Verkokeln, also beim Verbrennen unter Luftabschluss, zu Pulver oder Sandform zerfällt. Die Siedelsteine zeigen nach dem Verkoklungsprozess eine sehr zusammenhängende, zusammengehörte Masse; während die Siedelsteine aus dem Verkoklungsprozess als eine geschmolzene Masse von glatten, metallglänzenden Teilchen hervorgehen.

Ein unerwünschter Nebenbestandteil der Kohle ist der Schwefel, der fast in allen Siedelsteinarten in verhältnismäßig großen Mengen anwesend ist. Der Schwefelgehalt der westfälischen Siedelsteine beträgt im Mittel 6 Proz., geht aber bei besonders reiner Kohle nicht über 1 Proz. Andererseits weist sehr unreine Kohle einen Schwefelgehalt von 15 Proz. auf. Naturgemäß führt der Schwefelgehalt zu einer Herabminderung des Heizwertes, was auch von dem Wassergehalt gilt, der in allen Siedelsteinen mehr oder weniger vorhanden ist.

Was nun die Verwendung der Siedelsteine zu den verschiedensten Heizwecken anbelangt, so hat die Erfahrung und wissenschaftliche Untersuchung hier feststehende Grundfakten entwickelt, die folgerichtig auf den einzelnen Fall zur Anwendung zu bringen sind. Für die Dampfesseltisierung ist am wirtschaftlichsten die langstammige Siedelsteine oder die Siedelsteine. Die langstammigen Siedelsteine bilden auch das beste Material zur Leuchtgaszeugung. Für Dampfesselt eignen sich aber auch anthrazitische und magere Kohlen, da sie eine fast rauchfreie Verbrennung aufweisen. Letztere Kohlen kommen auch stark für den Hausbrand in Betracht; auch dienen sie zur Verkoklung von Wassergas. In Vorderamerika, Südbrasilien und teilweise in England werden rohe Anthrazite im Hochdruckbetrieb verwendet. Für den Betrieb von Schmelzöfen wird fast jeder die gewöhnliche Siedelsteine verwendet, die mit kurzer, rauchloser Flamme verbrennt. Die aus den Fett- und Siedelsteinen flammenden kurzstammigen Siedelsteine geben den schönsten und festesten Koks. Die Verkokbarkeit der westfälischen Kohlen beginnt bei einem Gasgehalt von 16 bis 17 Proz. Als Ersatz zieht man jedoch auch vielfach magere Kohlen heran, die sich der Grenze dieses Gasgehalts nähern und alsdann mit Siedelsteine vermischt werden. Zum Brennen von Kalk und Ziegeln in Siedelsteine oder Ringöfen bieten die kurzstammigen Siedelsteine die meisten wirtschaftlichen Vorteile. In schachtelartigen Öfen, wo die Kohle von oben aufgegeben wird, läßt sich in der Regel nur gasarme, nicht lodende Kohle verwenden. Andere Kohle würde in diesem Fall schon im oberen Ofenteil zusammenbacken und nicht nach dem unteren Verbrennungsherd fallen. Hier sind also Anthrazit, Lagerkohle oder Koks anzunehmen.

Es muß noch darauf hingewiesen werden, daß der Heizwert der Kohlen durch Verwitterung infolge zu langer Lagerung erheblich herabgemindert werden kann. Auch die Verkokbarkeit leidet unter der Verwitterung. Erdene Lagerung, aber Leuchtgaswärme, welche die Selbstverbrennung begünstigt, würde, hält noch am besten die Verwitterung auf.

Die beim Abbau und bei der Aufarbeitung in großen Mengen abfallenden Schlacken, sowie auch der Staub der gasarmen und der Siedelsteine lassen sich vorteilhaft nur mittels Staubsaugvorrichtungen verwerten. Man benutzt daher seit langer Zeit dieses Material zur Herstellung von Ziegeln, und zwar wird die Feinprobe mit einem geringen Prozentsatz von Siedelsteinen gemischt, das zu einer gemündigen Verwitterung geeignet. Die in der Regel als Schlackensand unter 200 bis 300 Atmosphären hohem Druck an Ziegeln gepreßt. Der Heizwert der

Bricketts ist ziemlich hoch, schwankt zwischen 7100 bis 7800 Wärmeinheiten und mehr, ohne jedoch den Heizwert nichtbrüchlicherer Kohlen zu übersteigen. Da die Bricketts in der Regel schwache Rauchentwicklung aufweisen, der Verwitterung wenig ausgesetzt sind, dabei ein handliches Format besitzen, so sind die Kohlenbricketts in der Industrie ziemlich beliebt. Will man sich über die Wirtschaftlichkeit einer Siedelsteine-Untersuchung verschaffen, so tut man gut, von dem Lieferer eine Kohlenanalyse über die chemische Zusammensetzung der Kohle einzufordern, woraus man die erforderlichen Schlüsse zu ziehen vermag.

Neue Forschungen über den Bergbau der Urzeit.

Die Entdeckung der vorgeschichtlichen Kupfergruben auf dem Witterberge in der Salzburger Alpen im Jahre 1867 bedeutet einen Wendepunkt der prähistorischen Forschung, indem sie die Selbständigkeit der nordischen Bronzezeit bewies und Zeugnis von dem hohen Stand der nordischen Kunst und Technik ablegte. Seitdem hat man nach einer Reihe anderer vorgeschichtlicher Bergwerke innerhalb und außerhalb des Salzburger Alpengebietes entbedt und den Bergbau der Urzeit genauer untersucht. Der Aufbruch dieser Forschungen stellt das vor kurzem erschienene große Werk von Georg Frey, „Der prähistorische Bergbau im Salzburger Alpen“ dar, über dessen Ergebnisse S. Wölfe in der „Naturwissenschaftlichen Wochenschrift“ berichtet. Zunächst ist erwiesen, daß diese Bergwerke nicht, wie früher angenommen, aus der Kupferzeit, sondern aus der jüngeren Bronzezeit und dem Beginn der Hallstattzeit stammen. Von den fünf vorgeschichtlichen Kupferbergwerken aus dem Salzburger Gebiet ist das auf dem Witterberge das bedeutendste. Der Abbau unter Tage folgt hier einem Gänge, der durchschnittlich 150 Meter mächtig ist; er wurde wahrscheinlich im Osten begonnen und nach Westen fortgesetzt; das Abbaugebiet umfaßt rund 65 000 Quadratmeter. Es gibt eine große Anzahl von Verbaute, die entweder isoliert oder durch schmale Stollen miteinander verbunden sind. In den tiefen, trichterförmigen Gruben befinden sich die Mündlöcher der Verbaute, und da eine Reihe solcher Mündlöcher eng nebeneinander liegt, kann man annehmen, daß mehrere Verbaute zu gleicher Zeit in Betrieb waren. Von den Gruben aus wurde der Gang durch Feuerfelsen vorgegeben, und zwar wurde bei höheren Ausbeuten eine Feuerföhne eingesetzt, auf die man durch roh ausgebeutete Stiegelgänge hing. Das erhaltene Gestein wurde mit Wasser bespült, wozu man Abfall und Viehdung auch Schöpfstellen benutzte. Das gebrochene Gestein wurde durch Holzbohlen weitergeführt, mit Bronzeplätteln vom Berge losgeräumt und mit Schlägeln zerhackt. Wahrscheinlich geschah die Förderung in Säden, in die das Erz mit Schaufeln eingefüllt wurde. Die Arbeit des Förderens wurde durch eine Rassel erleichtert, die Gruben und Zufahrtsschächte wurden, indem der Schmelz des Feuers nicht ausreichte, mit Leuchtgasen erhellt. An Schutzvorrichtungen sind bei dem vorgeschichtlichen Bergbau Auszumauern und Verbaumungen festzustellen, die die eindringenden Tagewässer aus der Grube abhalten. Sowohl unter wie über Tage sind in dem urzeitlichen Bergwerk von Witterberge eine große Anzahl von Werkzeugen gefunden worden, von denen die interessantesten Siedelsteine, Vüllrüge usw. darstellten. Ähnliches ist auch in den anderen Bergwerken von Eisbühnen, Wuchberg, Hochgründe, Viehhofen und Stupfstein festzustellen. In Viehhofen, wo die Kohle aus Grubenfeldes zum großen Teil unberührt erhalten ist, wurde eine Senkung der Kohle nach Norden hin um etwa zwei Meter festgestellt. Man war also bemüht, bei dem Vortrieb die einströmenden Tagewässer in einem tieferen Teil des Grubenfeldes zu fangen, um im Vorausarbeiten zu können.

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes erklärt, daß der Völkerverbund, indem er in diesem Sinne handeln würde, einen Beweis seiner menschlichen und internationalen Gesinnung erbringen und seine moralische Autorität in den Augen aller Völker befestigen würde.

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes, in der besten Absicht, daß die Stimme der Vernunft und Menschlichkeit in diesen besorgniserregenden Fällen in ihrem vollen Umfang gehört werden wird, beauftragt daher seine Delegierten im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeiterkongresses in Paris mit aller Kraft der Überzeugung zu handeln.

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes wendet sich an die Völker Europas und Amerikas, damit diese insbesondere durch das Organ ihrer Gewerkschaftsorganisation die nötigen Schritte bei ihrer Regierung herbeiführen, um rasche Maßnahmen für die Lebensmittelförderung, Herbeiführung und auf diese Weise die Aktion des Völkerverbundes zu unterstützen.

Aus dem Kreise der Kameraden. Oberbergamtsbezirk Dortmund. Ein kleiner Scharfmacher.

Seit einiger Zeit treibt ein gewisser Heinrichsbauer sein Wesen in der kapitalistischen Presse, die er mit bergbauwirtschaftlichen Auseinandersetzungen bedient. Unter dem Titel: „Die Kohlennot, der Ruin Deutschlands“, hat er nun eine Anzahl seiner Zeitungsartikel in einer Broschüre zusammengefaßt. Man kann das Nachwort nur als eine auf die Fressfährnis der öffentlichen Meinung berechnete Tendenzschrift bezeichnen. Ihr heikles Wesen läuft einzig und allein darauf hinaus, der Revolution die Schuld an unserer Kohlennot anzuhängen und den Bergleuten Arbeitslosigkeit nachzurechnen. Herr Heinrichsbauer fängt die Weltgeschichte erst mit der Novemberrevolution an, wie es „Eisforster“ gibt, die alle Kriegsvorgänge erst von den Schiffs in Saragossa an batten. Wie man auf diese Weise die „allgemeine Schuld Deutschlands“ an Kriege „beweist“, so „beweist“ Herr Heinrichsbauer, indem er über den gewaltigen Niedgang unserer Kohlenförderung schon während des Krieges mit bereitem Stillschweigen hinwegfährt, daß die Revolution unsere Kohlennot erzeugt hat. Er spricht von dem Ruhrkampf während des Krieges nur, um ihn glattweg zu bestritten. Er verschweigt also vollständig, daß selbst Vertreter der Bergverwaltungen, wie die nationalliberalen Landtagsabgeordneten Bergwerksdirektor Althoff-Wattenfeld und Handelskammerpräsident Hirsch-Essen 1917 den „ausgesprochenen Stau“ in aller Form zugestanden haben. Unbequeme Zeugen, auf deren Vernehmung Herr Heinrichsbauer wohlweislich verzichtet. Gegen eine solche „Geschichtsschreibung“ kann man ernstlich nicht polemisieren. Herr Heinrichsbauer kommt es darauf an, Stimmung gegen den allgemeinen Achthundtag und gegen eine entsprechende Verkürzung der Bergmannswoche zu machen. Er will die Schichtzeit wieder verlängert wissen und trägt zu diesem Zweck alles Material zusammen, was wir aus anderen Unternehmensjahren längst kennen. Die Tendenz geht hin auf eine Mißbräutigart der Bergarbeiterforderungen, als ob es ausgerechnet an den Bergleuten läge, daß die Bergbauwirtschaft seit 1914 heruntergekommen ist. Wir können Herrn Heinrichsbauer und seine Gleichen nur raten, die Bergarbeiter in Ruhe zu lassen! Suche er sich die Objekte für seine Kritik in seiner nächsten Nähe aus, wo die Leute sitzen, die das „Stahlbad Krieg“ gepriesen haben.

Auch ein „Kommunist“.

In Oberhausen hat die Polizei etwa 20.000 Flugblätter der „Föderation der Bergarbeiter Deutschlands“ beschlagnahmt. Was sie enthalten, wissen wir nicht, ist uns auch gleichgültig. Mit Interesse vernehmen wir aber, daß die Beschlagnahme in der Wohnung eines höheren Herrn Johann Spaniol erfolgte. Befragter Spaniol ist ein guter Bekannter unserer älteren Verbandskameraden. Einmaliges Rechtschutzgebühren unseres Verbandes, führte ihn seine unbedingbare Sucht, eine „große Rolle“ zu spielen, zu Streitigkeiten mit den Verbandsmittellern, deren Ende das Ausschließen Spaniols aus dem Verband war. Dann trat er als gerichtlicher Prozeßzeuge des christlichen Gewerkschafts in dem „30.000 Mark-Flugblattprozeß“ auf, der den Zweck hatte, unsere Verbandseitung als Veranlasser dieses Flugblattes zu „entlarven“, was nicht gelingen konnte. Nun praktizierte Spaniol als Winkeladvokat und weiter als Bekämpfer des Bergarbeiterverbandes. Was ist selbstverständlich, als daß dieser Wadere durch die Revolution zum „Kommunisten“ wurde? Aber auch hier mußte er „seiner Organisation“ für sich haben. Aus einem unglücklich berendeten Briefwechsel zwischen dem „revolutionären“ Arbeiterführer Spaniol, damals noch von der „Freien Vereinigung“, und dem Herrn Josef Witt von der „Union“ geht hervor, daß sich die beiden, gemäß einem Beschluß einer syndikalistisch-unionistisch-kommunistisch-föderalistischen Konferenz (Zülfels, 15. und 16. September 1919) mit der „Einigung“ der bereits fünf (!) „revolutionären Organisationen“ befaßten, hierbei sich aber wegen der Kaife in die Saare getrieben. Dießelbe Beschimpfung wurden deswegen gewechselt, neue Sonderbeschreibungen kamen auf, weil jeder der „revolutionären Arbeiterführer“ seine eigene Organisation haben muß. Schon sind, wie gesagt, fünf „Sonderorganisationen“ (vielleicht noch mehr) vorhanden auf kommunistisch-unionistisch-syndikalistisch-föderalistischer Grundlage. Die „Föderation der Bergarbeiter Deutschlands“ (wie soll das klingen) betreut nun der „Kommunist“ Johann Spaniol. Und nun kommt das Schönste: Die „revolutionären“ Flugblätter, die bei Spaniol gefunden wurden, sind in der Drucker der „deutschnational-anarchistischen Oberhausener Zeitung“ mit Wissen des Besitzers hergestellt worden! Eine Unigstrenge Drucker stellt kommunistische Flugblätter her! Das ist ja reizend, wunderbar und aber durchaus nicht. Unsere Kameraden sehen daraus, welche Kräfte zur Zerspaltung der Bergleute und vornehmlich zur Bekämpfung unseres Verbandes (Spaniols Lebensaufgabe) am Werke sind. Augen auf, Kameraden!

Sachsen, Brandenburg und Thüringen. Bergarbeiter-Zeitung und Kallarbeiter.

Schon oft ist von Seiten der Kameraden im Kaliberbau Klage geführt worden, daß unser Verbandsorgan, die „Bergarbeiter-Zeitung“, die Kaliberbau so wenig berücksichtigt. Immer nur finden die Kameraden Artikel und Abhandlungen aus der Kohlen- und Eisenindustrie und selten etwas aus ihren Kreisen und der Kaliberindustrie. Es werden dann Vorwürfe erhoben, die sich meist an die falsche Adresse, d. h. an den Vorstand, die Bezirksleitung oder an die Redaktion richten. Den Kameraden kommt nie in den Sinn, mal selber an das nächstliegende, nämlich an sich selbst, zu denken, um für eine bessere Verichterstattung der Zeitung zu sorgen. Die meisten Kameraden glauben, nicht dazu befähigt zu sein. Und doch ist nichts falscher als das.

Wie oft konnte ich die Wahrnehmung machen, daß Kameraden an ihrer Arbeitsstelle, beim Frühstück oder im sonstigen Gelegenheit war, sich so sachkundig unterhalten, daß jeder Redakteur seine helle Freude darüber haben konnte. Ich bin der Meinung, daß die Kameraden das, was sie dort in Form von zwangloser Unterhaltungen über ihre Arbeitsverhältnisse, über den Verband oder die Knappheitsfragen diskutieren, auch für die Zeitung mitteilen können. Wenn sie sich nur einmal die Mühe nehmen würden. Zugeben will ich, daß nicht jeder Kamerad, der seine Gedanken in zwangloser Unterhaltungen in mündlicher guter Form zum Ausdruck bringt, nicht so zu Papier bringen kann. Aber darauf kommt es letzten Endes auch gar nicht an, sondern auf den guten Willen. Wenn die Aufsätze nicht so was Wunders ausfallen, dann hilft die Redaktion nach. Zur der Anfang muß gemacht werden, dann wird es schon gehen. Die Kameraden müssen lernen, die Furcht vor dem Anfang zu überwinden, dann wird auch ein ganz anderer Geist in unsere Organisation kommen. Es wird ein viel intimeres Verhältnis zwischen den Mitgliedern und dem Verbandsorgan hergestellt werden und beide, der Verband und die Kameraden, haben den größten Nutzen davon.

Was hier in bezug auf die Zeitung gesagt ist, trifft auch auf unsere Jahreshauptversammlungen zu. Diese sind manchmal so langweilig, weil die Kameraden, die oft genug die besten Gedanken haben, sich nicht zum Wort melden, weil sie fürchten, sich nicht zu ausdrücken zu können, wie sie es im Hause haben. Das muß anders werden, wenn wir vorwärts schreiten wollen.

Warum können die Kameraden denn in zwangloser Unterhaltung ihre Gedanken zur Geltung bringen? Ich habe einmal Gelegenheit beim Frühstück in Schwabe einer Unterhaltung teilgenommen, die sich mit den Verhältnissen unserer Jahreshauptversammlung befaßte. Es wurde über die Verwaltung und über die Verbindung der Lokalfestgenossen und sachliche Kritik geübt. Es kam zum Ausdruck, daß die Lokalfestgenossen für die Jahreshauptversammlung verbunden werden müßte. Es sollten Bildungsanstalten gehalten und die Bibliothek erweitert werden. Es waren Kameraden, die gute Vorschläge über das Wohl der Jahreshauptversammlung machten und Kritik über Bücher abgaben, die viel Verständnis verrieten. Das konnte nicht ertragen werden, von Kameraden zu hören: „Na, warum

sagt Ihr denn das nicht in unseren Versammlungen? Das sind ja die Anregungen, die eine Ortsverwaltung braucht, um im Interesse der Mitglieder tätig zu sein.“ Ich erwiderte darauf die Antwort: „Das muß die Ortsverwaltung selber wissen, dazu ist sie ja gewähnt.“

Überbings ist das die Ortsverwaltung gewählt. Das schließt aber nicht aus, daß die übrigen Kameraden mitarbeiten und mithelfen können. Das ist um so notwendiger, als doch auch Kameraden in die Ortsverwaltung gewählt werden können, denen das richtige Verständnis für die Kulturaufgaben unseres Verbandes fehlt. Wie sollen die Mitglieder die richtigen ausfindig machen, die das richtige Verständnis haben, wenn sich dieselben niemals in der Versammlung zum Wort melden? Oft werden Kameraden in die Ortsverwaltung gewählt, die in den Versammlungen die Anwesenheit mit radikalen Redensarten flütern. Dabei spielt oft auch die Parteilichkeit eine große Rolle. Der Zug der jetzigen Zeit geht nach links, was man begreiflich finden kann, denn die Not der Arbeiter wird tagtäglich größer; die Kameraden erwarten Hilfe von ihrer Organisation und von der Regierung. Wenn die um nicht so eintritt, wie es mancher wünscht, so erliegen sie dem radikalen Propaganda. Es ist dann kein Wunder, wenn es in den Versammlungen zu Hebeln kommt, und mancher gute Kamerad, angeleitet von diesem Treiben, die Versammlungen meidet. Dies würde aber nicht geschehen, wenn sich die Kameraden zum Wort meldeten, die das richtige Empfinden für die Aufgaben der gewerkschaftlichen Organisation besitzen; denn letzten Endes hilft der Arbeiter nicht die radikale Propaganda, sondern die Not der Zeit hinweg, sondern die ruhige, zielbewusste Arbeit der Gewerkschaften.

Der gewerkschaftlich geschulte Arbeiter muß erkennen, wo der Hebel zur Verbesserung seiner Lage angegriffen werden muß. Er muß erkennen, daß nicht ein Mehrerehnen unseres Wirtschaftslebens und so Ziele bringen kann, sondern ein Wiederehnen unserer Industrie sowie des gesamten Wirtschaftslebens, soweit es der Schmachfriedenvertrag zuläßt. Das dabei die kapitalistischen Interessen nicht gespart werden dürfen, versteht sich von selbst. Der Arbeiter hat es ja in der Hand, durch seine Organisation aus den kapitalistischen Vertrieben herauszuholen, was herausgeholt werden kann. Eine weitere Handhabe bietet ihm ja noch das Betriebsratsgesetz. Wenn wir auch nicht reiflich von diesem Gesetz befreit sind, so bietet es doch Vorteile, die in der Wirklichkeit nicht denkbar gewesen wären. Dazu war der kapitalistische Druck viel zu groß, und es hätte wahrscheinlich noch jahrelanger, erlittener Kämpfe bedurft, um nur etwas Ähnliches zu erreichen.

In der Arbeiterbewegung selber liegt es, die Vorteile, die das Betriebsratsgesetz trotz alledem dem Arbeiter bietet, wahrzunehmen und auf dieser Grundlage weiterzubauen. Um das zu erreichen, müssen alle Kameraden mitarbeiten am Ausbau unseres Verbandes, unserer Zeitung, und an der Vertiefung unserer Versammlungen. Erkenntnis dessen, was ist, tut uns allen nur, und das können wir erreichen durch lebhaften Gedankenaustausch innerhalb unseres Verbandes. Mögen recht viele Kameraden dies beherzigen und danach handeln.

Emil Jörn, Sondershausen.

Die Darlegungen des Kameraden Jörn zeugen von Erfahrung und Sachkenntnis. Das gesteckte Ziel kann um so besser und schneller erreicht werden, je reiflicher alle Kameraden mitwirken. Die Redaktion muß sich auf die Verichterstattung der Kameraden stützen. Der Verband vertritt unsere Bestrebungen und Forderungen: Er bildet eine Zusammenfassung aller Kräfte, um sie dem gemeinsamen Interesse dienlich zu machen. Jedes Mitglied muß das Verbandsleben mitleben, dann kommt die Mithilfe von selbst. Arbeit und Verständnis muß jeder besitzen, dann fühlt sich jeder als Glied des Ganzen. Dann wird auch jeder Mitarbeiter und Mitkämpfer!

Wenn wir über alles, was in der Kaliberindustrie vorgeht, besser unterrichtet würden, käme das natürlich auch in der Zeitung zum Ausdruck. Darin hat Kamerad Jörn durchaus recht. Aber oft erfahren wir über die wichtigsten Dinge nichts, wegen ihrer Kleinigkeit die zu weit-schweifig berichtet wird. Für unsere Mitarbeiter muß als oberster Leitsatz gelten: In der Kürze liegt die Würzel. Jeder Mitarbeiter muß in jedem Schriftsatz seine Adresse angeben, damit eine schnelle Verbindung erleichtert wird. Vor allen Dingen darf aber nicht übersehen werden, daß die „Bergarbeiter-Zeitung“ das Zentralblatt unseres Verbandes ist und der Inhalt darauf zugeschnitten werden muß. Sie kann bei uns etwa 1700 Abonnenten und 400.000 Mitgliedern nicht den rein lokalen Bedürfnissen dienen. Nur über die besonders wichtigen Versammlungen und wichtigsten Beschlüsse kann berichtet werden. Wo sollten wir sonst mit unserem Raum bleiben?

Durch die mangelnde Sachkenntnis wird der Redaktion ihre Aufgabe sehr erschwert. Zu groß ist die Zahl der Mitglieder, die nicht über ihre Zahlstelle hinaussehen. Innerhalb ihrer Zahlstelle wollen sie bestimmen, aber auch darüber hinaus. Sie übersehen dabei völlig, daß der Mehrheitswille der Mitglieder entscheidend ist. In dieser Beziehung wird es auch nach und nach mit der wachsenden Einsicht Wandel eintreten. Es wäre schon sehr viel gewonnen, wenn sich jeder immer vor Augen halten würde, daß alle Zahlstellen und Mitglieder die gleichen Anforderungen stellen können. Alle Forderungen lassen sich aber nur berücksichtigen, wenn sie auf ein Maß begrenzt werden, das dem Raum unserer Zeitung entspricht. Wir wünschen uns recht viele Mitarbeiter, die sich das alles stets vor Augen halten und danach handeln. Dann werden wir unsere Zeitung für alle Bezirke so ausgestalten können, daß sie alle berechtigten Anforderungen befriedigt.

Bergarbeiter-Bezirkskonferenz für Halle.

Am 7. Februar fand in Cöthen eine Bezirkskonferenz der Bergarbeiter für den Bezirk Halle statt. Bezirksleiter U. deucht erstattete den Bericht der Bezirksleitung. Nach diesem fand die Mitglieder seit den Revolutionstagen aus verschiedenem Umfang zur ständigen Zahl von 31000 angewachsen. Die neu gewonnenen Leute sind freilich nicht gewerkschaftlich gefaßt, ein Umstand, der leider bei diesen zu ausschließlichen, politischen Streits und sonstigen Wirren führte. In der letzten Zeit haben sich diese Verhältnisse geändert; langsam begreifen die Neuzugewonnenen, daß sie wirkliche Erfolge nur auf der Grundlage der alten erprobten Gewerkschaftsarbeit erreichen können.

Es folgten teils Unbewußt mit, daß dem Bezirksbureau ein Informationsbureau eingegliedert und dem Kameraden G. esse übertragen sei. Er bittet, dieser Abteilung laufende Berichte auch über schwebend unwesentliche Vorgänge zu machen.

Zur Frage der Wirtschaftsschichten vertritt er den Standpunkt, daß die Organisation Wirtschaftsschichten prinzipiell nicht vertreten könne, dafür aber den wechselnden wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend laufende Lohnverhandlungen zu fordern habe.

Was die gewerkschaftsfeindlichen Strömungen anbelangt, so müsse man dieses Treiben noch eine Zeitlang ertragen. Aber auch diese unheilvollen Zustände seien bald zu überwinden, wenn die Bezirksleiter und Kameraden in Zukunft sich nicht von den Exzessen einschließen ließen, sondern mutvoll und entschlossen jenen Wirren entgegenträten.

Zum Schluß dankt er dem Kameraden Garbe, der aus dem Bezirksbureau ausgeschieden, für seine langjährige aufopfernde Verbands-tätigkeit. Garbe bezeichnet die Schreier und Querstreifer als Hilstruppen der Unternehmer und findet damit allseitige Zustimmung.

Aus der folgenden Debatte sind die Ausführungen eines Vertreters der Grube Concordia (Rachterstedt) bemerkenswert. Dort ist ein Arbeiteransatzpunkt gewählt, in dem u. a. der ärgste Schreier des Betriebes, ein „Kommunist“, der in allen bis jetzt stattgefundenen Sitzungen noch kein Wort gesagt habe. In seine Pflicht erinnert, erklärte der sonst stillstehende: „Mit der Direktion verhandele ich nicht, das heißt nicht in unserem Programm.“ Weshalb ist der Mann wählen läßt, mögen ihn seine Kameraden fragen. Aber es ist ein treffliches Schulbeispiel dafür, daß alle die Schreier, wenn sie etwas Praktisches für ihre Kameraden tun sollen, ihre Unfähigkeit hinter Tschüssiger-Programme verbergen.

Der Verbandsvorsitzende Sufemann weist darauf hin, daß nur eine erhöhte Produktion aus allen Gebieten die Lebenshaltung der Arbeiter heben könne. Und da seien die Bergarbeiter die Kerntruppen, die einer ganzen Reihe von Produktionszweigen aufhelfen können. Er fordert die anwesenden Delegierten auf, die Verbandsbeamten in ihrer schwereren Tätigkeit zu unterstützen.

In der Aussprache beteiligten sich eine Reihe Kameraden, die mit der Tätigkeit des Bezirksverbandes einverstanden waren. Nur Kamerad G. ope-Salle bezeichnete die Beamten als unfähig. Auch die Regierung ist nach seiner Meinung völlig unfähig zu regieren, davon überzeuge die Presse täglich. Der radikale Kamerad berief sich dabei auf die völlig regierungslose „Sozial-Zeitung“ und die „Wojtsche Rita“.

In der Abstimmung wird dem Bezirksvorstande einstimmig Entschlossenheit erteilt. Ein Delegierter verlangt Finanzierung der Bezirksarbeit. Sufemann lehnte dies entschieden ab; es könne nur eine Zeitung geben, sonst ginge alles drunter und drüber. Die Vertretung der Interessen der Bergarbeiter können genügend gesehen durch die Organisation. (Einstimmiger Beschluß).

Mit 40 gegen 10 Stimmen wird beschlossen, den Vorstand um ermächtigten einen Extrabeitrag auf die bestehenden Bezirksstellen festzusetzen zu erheben. Mit 54 gegen 1 Stimme wird der Vorprogramm

Antrag abgelehnt, dann werden alle Beiträge um 50 Pf. obligatorisch erhöht. Die Konferenz endete in voller Einmütigkeit ohne jeden Mißklang. Die Delegierten waren der Meinung, daß die Bergarbeiterinteressen am wirksamsten durch den Bergarbeiterverband vertreten werden können und stimmten den Anregungen der Bezirksleitung zu.

Rufsch im Engau-Oelsnitzer Revier.

Der von Kommunisten und Syndikalisten am 28. Januar selbst im Engau-Oelsnitzer Revier in Szene gesetzte Rufsch ist schon am dritten Tage zusammengebrochen. Wohl selten ist mit der Erläuterung der Bergarbeiter so freudig und leistungsfähig umgegangen worden, als es hier geschehen ist. 1000 Mark Beihilfegeld, Abschaffung der Vorkarbeit, sechsstündige Schichtzeit, Erhöhung des Schichtlohnes auf 45 bzw. 42 Mark und noch verschiedene andere Forderungen waren die Punkte dieser politischen, Stümper, mit denen die Bergarbeiter vor ihren Herren spannen wollten. Denn nicht um wirtschaftliche Vorteile, sondern einzig und allein politischer Ziele wollte dieser Rufsch gemacht. Welt unser Verband mit den Unternehmern verhandelt, würden seine Angehörten als Lumpen und Verräter bezeichnet. Die selben Schimpfepöbel aber forderten am 28. Januar zum Generalkongress auf, weil — wie es in ihrem Flugblatt hieß — die Unternehmer nicht mit ihnen verhandeln wollten (!). Als die Forderungen des Verbandes bekannt wurden, wurden sofort in darauffolgender Versammlung der Syndikalisten noch 7 Mark auf die alte Forderung aufgeschlagen, um ja noch etwas höher zu kommen, als unsere Forderungen inbezug auf Schichtlohn waren. Damit aber die Lebensmittel und sonstige Bedarfsartikel nicht teurer mit steigen sollten, dürfte für diese Forderung kein Kophausschlag erfolgen (!). Wie dieses Geld aber aufzubringen sei, darüber schrieben sich diese Gelfestheben — sehr geistreich aus.

Nach wie find die Bergarbeiter so belogen und betrogen worden, als von dieser an Abrufen so reichen, an Gehirnen aber so armen Führern der Union. Den Bergarbeitern wurde erzählt, daß am 28. Januar die Bergarbeiter des ganzen Reiches in den Streik getreten seien. Schon am zweiten Tage brachten die Abendblätter der Leipziger Hochburg der Unabhängigen große Sensationsnachrichten vom allgemeinen Streik im Engau-Oelsnitzer und Zwickauer Revier. Wo diese Nachrichten so frühzeitig herkommen, dürfte nicht allzu schwer zu erraten sein. Während also diese Zeitungen schon von einem allgemeinen Streik zu berichten wußten, hatte in Engau und auch im ganzen Zwickauer Revier noch kein einziges Wort die Arbeit niedergelegt. Erst am zweiten Abend, als sich einige Hundert der Streikenden zusammenschickten und die Arbeiter auf den umliegenden Schächten mit Gewalt herausholten, vergrößerte sich die Zahl der Streikenden. Trotzdem gab es in Engau noch Werte, welche sich auch dadurch nicht beirren ließen und weiter arbeiteten. Wir hatten in Engau Werte, wo es während des ganzen Rufsches bei 1500 Mann Belegschaft nur zwei bis drei Streikende gab, und diese Wadere hielten sich auch nur — Urlaub geben lassen.

Auf dem Engauer Vertrauensschicht wurden am 28. Januar früh Aufträge der Union, zum Streik vertriebt. Als niemand diesem Auftrag folgte, fuhr die unglücklichsten Flugblattverleiher selbst mit ein. Nachmittags zogen dann diese Felben von der verfahrenen Schicht mit auf ein anderes Werk, hielten dort die Belegschaft heraus, um dann am nächsten Morgen wieder einzufahren.

Was sich unsere alten, im Dienste der Arbeitervertretung ergrauten Kameraden haben gefallen lassen müssen, spottet jeder Beschreibung. Die herausgeholtten Kameraden mußten förmlich Syzkriten laufen. Anspucken, gemeine Schimpfreden und Schläge sagelten nur so, und das dazu noch von unheimlichen Burthen. Trotzdem haben sie die Ruhe und die Besonnenheit nicht verloren und dadurch das drohende Blutbad verhindert. Am dritten Tage trat dann Militär ein und sofort trat auch wieder Ruhe ein. Unter dem Schutze des Militärs wurde schon am 31. Januar die Wiederaufnahme der Arbeit eine ziemlich allgemeine. Der größte Teil der angebliebenen „Führer“ hatte sich sofort in Sicherheit gebracht und überließ die Streikenden ihrem Schicksal.

Am 1. Februar fanden dann im Revier eine Reihe Mitgliederversammlungen statt, welche sich rückwärts hinter die Verbandsleitung stellten. Die Versammlung in Engau war von annähernd 2000 Bergarbeitern besucht. Einstimmig wurde das Verhalten der Rufschisten verurteilt. Ohne Widerspruch und unter lebhafter Zustimmung konnte Kamerad U. H. m. a. n. den Nachweis erbringen, daß die Bergarbeiter von jenen dunklen Elementen belogen und betrogen und nur ins Elend geführt werden sollten. An demselben Abend prangten dann an verschiedenen Stellen Plakate, worin die Streikenden von dem sogenannten „Zentralkomitee“ ohne Namensunterschrift zur Wiederaufnahme der Arbeit aufgefordert wurden. Eine Begründung soll später gebracht werden. Auf diese Begründung sind wir heute schon gespannt.

Am 2. Februar war die Wiederaufnahme der Arbeit allgemein. Unsere Lohnbewegung ist nun wieder zum Abschluß gekommen. Sind unsere Wünsche auch nicht reiflich erfüllt, so bedeutet das Ergebnis immerhin zurzeit einen beachtlichen Ausblick. Dieser Ausblick wurde erreicht, ohne daß die Bergarbeiter auch nur einen einzigen Tag hätten zu streiken brauchen. Im Tarif hat auch ein Vorruss Aufnahme gefunden, nach dem an dieses Abkommen rechtlich bindenden Anspruch nur derjenige hat, der bei einer der tarifabschließenden Gewerkschaften organisiert ist. In den Kameraden liegt es nun, dafür zu sorgen, daß er auch voll zur Geltung kommt.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 8. Woche (vom 15. bis 21. Februar 1920) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Die Wahlordnung zum Betriebsratsgesetz ist in unserer Druckerei fertig gestellt worden und geht den Zahlstellen im Laufe dieser Woche zu. Das Gesetz über die Betriebsräte erscheint im Einvernehmen mit dem Vorstand des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes im „Vorwärts“-Verlag. Wir haben so viel Exemplare bestellt, daß dasselbe von allen Zahlstellen zum Selbstkostenpreis durch die Bezirksleitungen bezogen werden kann. Wir bitten, Bestellungen direkt an die Bezirksleitungen zu richten.

Bücherrevisionen.
Eppendorf. Vom 15. Februar bis 1. März.

Bibliotheken.
Gombrock. Die Bibliothek befindet sich ab 15. Februar beim Kassierer G. e. s. e. m. a. in der Filiale der „Welt-Ztg.“, Marktstr. 9. Die Bücherausgabe erfolgt täglich.

Krankenunterstützungs-Auszahlung.
Dortmund V. Beim Kassierer W. i. l. h. G. e. t. e. r. m. a. n. Kaiserstr. 165.
Barnitz. Jeden vierten Sonntag im Monat, beim Kassierer W. a. t. h. K. e. i. n. h. a. r. t. G. a. u. p. h. r. 84.
Gombrock. Jeden letzten Sonntag im Monat beim Vertrauensmann G. e. n. r. i. c. h. V. e. i. c. h. W. a. h. n. o. f. f. r. 19.
Mülheim-Ruhr I. Jeden zweiten und vierten Sonntag im Monat, vorm. von 11 bis 11.30 Uhr, beim Vertrauensmann K. a. r. l. J. u. r. g. e. i. t. W. o. n. n. s. t. 26.
Schönbeck II. Jeden dritten und vierten Sonntag im Monat, nachm. von 2-4 Uhr, beim Kassierer J. o. h. W. i. l. h. m. e. a. M. i. t. t. e. r. 95 I.
Steele. Jeden ersten und dritten Sonntag im Monat, vorm. von 10 bis 12 Uhr, im Zahlstellenbureau, Fingerrstr. 11.

Abgrenzungsveränderungen.
Eifel. Vertrauensmann: W. i. l. h. e. m. S. a. l. l. w. i. c. h. E. r. e. n. s. c. h. w. i. t. z. K. i. e. l. e. n. d. e. r. V. a. s. s. e. r. O. s. t. a. r. J. o. n. s. t. e. g. E. s. s. e. l. W. i. l. h. e. r. m. a. n. D. o. r. t. m. u. n. d. V. a. s. s. e. r. W. i. l. h. e. r. m. a. n. K. a. s. s. e. r. 165.
Für das Ruhrrevier ist die Stelle eines Bezirksleiters speziell für die Tagearbeiter besetzt zu werden. Bewerber soll agitatorisch und organisatorisch befähigt und mit den Verbandsangehörten des Verbandes vertraut sein und den Tagesbetriebe kennen. Verlangt wird eine fünfjährige Mitgliedschaft. Selbstgeschriebene Bewerbungen müssen enthalten: kurzen Lebenslauf, einen Aufschuß über die Aufgaben eines Gewerkschaftsleiters. Bewerbungen sind bis zum 1. März an den Vorstand des Bergarbeiterverbandes in Bochum zu richten.
Für den Bezirk Essen wird ein Jugendbezirksleiter gesucht. Derselbe muß befähigt sein, die Jugendbetreuung in Wort und Schrift zu führen. Offerten mit kurzem Lebenslauf, bisheriger gewerkschaftlicher Tätigkeit und kurzer Abhandlung über die Aufgaben eines Jugendleiters sind bis zum 3. März einzureichen an Edmund Graf, Essen, Steelerstr. 17.
Barnitz. Seit 1918 ist der U. B. o. o. h. e. r. G. e. n. r. i. c. h. W. a. t. h. M. i. t. t. e. r. U. B. o. o. h. 32. M. i. t. t. e. r. A. n. g. e. b. e. n. e. r. b. i. t. t. e. t. s. e. i. n. B. r. u. d. e. r. V. a. d. a. m. W. a. c. h. S. c. h. r. i. n. b. e. r. E. s. s. e. n. H. a. n. t. e. r. 65.